

# Arbeiter-Zeitung

Freitag, 13. Februar 1931  
Jahrgang Nr. 37

Gründet 1848 mit Ausnahme der Jahre 1849 und 1850. Wochenspreis: 10 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 20 Pf. monatlich 2,10 Pf. + 20 Pf. Botenlohn = 2,30 Pf. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 3,00 Pf. unter Streifen 3 Pf. Anzeigenpreis: Die gebührenfreie Anzeigenspalte ober dem ersten Raum 12 Pf. Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Anzeigenpreis: Die gebührenfreie Anzeigenspalte ober dem ersten Raum 12 Pf. — Schluss des Inseratenschnittes in der Hauptredaktion um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Wrocław 10, Teszynie Straße 50. Telefon 460 50. Geschäftszeiten: Wrocław 644. Redaktion: Wrocław 10, Teszynie Straße 50. Telefon 460 02. Geschäftszeiten der Redaktion von 12-13 Uhr. Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktion: Berlin, Rotes Rathaus 23 84. Geschäftszeiten von 8-10 Uhr. Geschäftszeiten: Hauptredaktion Wrocław. Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Wrocław. — Druck: „Kultur“ W. B. G. H. Wrocław, Teszynie Straße 50. Telefon 464 55.

## Der 1. März naht — Verstärkt die Aktivität!

# Sturmbereit gegen den Faschismus

Arbeiterportier wählen Delegierte — 2000 Delegierte auf dem Kampfkongress in Hamburg

## Negersteuer-Minister Fried an der Spitze der Nazi-Betrüger

Wrocław, 11. Februar. Am 9. Februar tagte eine von den oppositionellen Sportlern einberufene Versammlung, die den reformistischen Spaltern zeigen sollte, wie die Arbeiterchaft ihr verbrecherisches Treiben beurteilen. Nach einer Charakteristik der örtlichen Spalterarbeit, die größte Empörung auslöste, wurde in einem Hauptreferat durch den Genossen **Horsmann** der Weg beleuchtet, den die Sportbewegung unter Führung der SPD. gegangen ist, und der naturgemäß im Faschismus münden muß. Demgegenüber zeigte Genosse **Horsmann** scharf und eindringlich auf, welchen Kurs die Arbeiterportier einschlagen und frist innehalten müssen, wenn die Arbeiterportierbewegung dem Befreiungskampf der Werktätigen dienen soll. Von 135 anwesenden Sportlern stimmten bei 13 Stimmenthaltungen gegen **nur 1 Stimme** die übrigen 121 für folgende Resolution:

„Die heute versammelten Sportler von Wrocław erheben schärfsten Einspruch gegen die unproletarische Kampfswelle gegen die Opposition.“

Die Sportler bekundeten den ausgeschlossenen Sportlern ihre Sympathie und erklärten, geschlossen hinter der Opposition zu stehen. Sie wenden sich ab von den Spaltern der Sportbewegung.“

Im Anschluß daran wurde ein **bundesweiter Sportler als Delegierter zum Kongress gegen den Faschismus** gewählt.

Alle Sportgenossen im Bezirk haben die Pflicht, dem Beispiel der Arbeiterportier in Wrocław zu folgen. Die Arbeiterportierbewegung muß zu einem wichtigen Bollwerk gegen die braune Wundpest ausgefaltet werden.

**Deshalb, Arbeiterportier, heraus an die Front! Wählt Delegierte!**

unserer Genossen „Leistungsfähig“ für die Wiedererhebung zu machen.

Also anstatt Kampf gegen diese Verelendung wird der Diktator gemiffen durch die Denunziation ein „Sieb“ zur Verfügung gestellt zur Prüfung der „Leistungsfähigkeit“, das heißt, wer sich dafür eignet, sich noch mehr als bisher ausbeuten zu lassen.

Das darf den Schmarozern nicht gelingen, deshalb muß die Arbeiterchaft schon heute sich zum Kampfe rüsten, um den Plänen der Kapitalisten zu vereiteln.

## Feiger Ueberfall der braunen Mordbanditen

Reichenbach, 13. Februar. In Stelnjersdorf hatten die Nazis zu einer Versammlung aufgerufen. Da weder ein Referent noch ein Versammlungsleiter erschienen war, gingen die Arbeiter wieder nach Hause. Auf dem Wege kam ihnen ein Auto mit Nazis entgegen. Die Nazis hielten vor dem Gasthof **Krichs Höf** und marschierten den aus der Versammlung kommenden Arbeitern entgegen. Als sie erreicht waren, kam das Kommando des Führers: **Achtung! Fertig! Los!** Mit allen möglichen Waffen fielen die Hallunken über die Arbeiter her, und da die Arbeiter auf diesen feigen Ueberfall nicht vorbereitet waren, wurden einige von ihnen schwer verletzt.

Daß natürlich auch von den Nazis verschiedene verwundet wurden, konnte nicht ausbleiben. Da dieses Gesindel wie toll um sich herumschlug, werden wahrscheinlich einige von ihren eigenen Leuten verletzt worden sein. Einer von ihnen soll mit einer lebensgefährlichen Verletzung ins Krankenhaus geschafft worden sein.

Reichenbach. Dienstag abend fand eine öffentliche Versammlung der KPD. in Sühmanns Brauerei statt. Die Massenbewegung der Arbeiterchaft ist demonstrativ zu dieser Versammlung recht zahlreich erschienen und brachte damit ihre Empörung gegen die braune Wundpest zum Ausdruck. Die Polizei griff ein und schlug die Arbeitermassen brutal auseinander. Auf der Schmalzburger Straße wurde ein SA-Mann, der die Arbeiter provozierte, verprügelt.

# 47 KPD.-Delegierte auf dem Hamburger Antifa-Kongress

Hamburg, 12. Februar. Der Kampfkongress gegen den Faschismus fand unter härtester Beteiligung statt. Der größte Saal Hamburgs, Sagebiel, war überfüllt. Dicht gedrängt sahen die Delegierten, und immer noch krönten weitere Kongreßteilnehmer in den Sälen, so daß Hunderte in den Gängen stehen mußten.

Zu ganzen waren es **2000 Delegierte**, darunter viele Hunderte von parteilosen und SPD.-Arbeitern.

Die Galerie war dicht besetzt von Gästen, die dem Verlauf der Tagung des Kongresses mit größter Aufmerksamkeit folgten. Das Referat hielt der Vorsitzende der Reichsbundesleitung, Genosse **Kemmelé**. In der Diskussion sprachen 22 Diskussionsredner, darunter Vertreter der Betriebe, der Arbeitslosen, der Arbeiterfrauen, der Kleingewerbetreibenden, ein Kleinbauer, ein ehemaliger Jugendführer der KPD. Unter brausenem Beifall gab Genosse **Schubert** den auf dem Kongress vollzogenen

Eintritt von 69 Delegierten in die Kommunistische Partei

bekannt. Mehrere SA-Führer sagten sich los von der verräterischen SA-Führung und traten ein in den Kampfbund gegen den Faschismus.

Stürmische Begeisterung löste es aus, als ein Schwafmann die Rednertribüne betrat, seinen Austritt aus dem Reichsbanner erklärte und sein Mitgliedsbuch geriß. Er forderte alle Reichsbanner- und SPD.-Arbeiter auf, seinem Beispiel zu folgen. Unter begeisterten Zustimmung kam eine Erklärung von 47 sozialdemokratischen Delegierten zur Verlesung, in der es u. a. hieß:

„Die 47 Delegierte aus der SPD., Reichsbanner und SA. haben erkannt, daß der Faschismus nur besiegt werden kann durch die geschlossene rote Einheitsfront aller Werktätigen. Der Kampfkongress hat trotz der Gehe der SPD.-Führer bewiesen, daß der antifaschistische Kampfbund eine mächtige Waffe der Arbeiterklasse im Kampfe gegen den Faschismus ist. Wir rufen die sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter, die SA-Mitglieder auf, sich dem Kampfbund gegen den Faschismus anzuschließen.“

Dieser prächtige Verlauf der Hamburger Kampftagung muß wie ein Signal die gesamte Arbeiterchaft Schlesiens und Oberschlesiens alarmieren. Der 1. März muß zeigen, daß auch in unserem Bezirk die Arbeiterchaft besetzt ist von dem Willen, alles einzusetzen für den herrlichen Massenkampf gegen den Faschismus.

## Es wird weiter stillgelegt!

Wollenhain, 12. Februar. In einer dieser Tage abgehaltenen Betriebsversammlung wurde bekanntgegeben, daß die Aktiengesellschaft für Schlessische Feinindustrie vormals **G. G. Kramm** u. Söhne in Freiburg ihre Abtreibung Wollenhain auf die Dauer von vier bis sechs Wochen stilllegen will, da die vorliegenden Aufträge keine genügende Ausnutzung der Produktionskapazität des Werkes gestatten.

Von dieser vorübergehenden Stilllegung werden etwa 350 Arbeiter

betroffen. Es bleiben nur etwa 40 Angestellte beschäftigt. Bei voller Beschäftigung arbeiteten im Wollenhainer Werk 1200 Arbeiter.

In den letzten Wochen wurden bereits mehrere Hundert Arbeiter „herausrationalisiert“. Jetzt dieser neue Schlag, der noch an Bedeutung gewinnt durch die gleichzeitige Ankündigung, daß bei Wiedereröffnung kaum mehr als 100 Personen auf Einstellung zu rechnen haben. Und dafür sollen nur „Leistungsfähige“ in Frage kommen. Was das bedeutet, hat die Vergangenheit genügend gezeigt, und auch in der oben erwähnten Betriebsversammlung trat dies in Erscheinung. Ein Chor von Schmarozern, unter ihnen das Betriebsratsmitglied **P.**, trat auf den Plan, um sich durch demütigen

# Die naziotischen Hochstapler verhöhnen Erwerbslose

Berlin, 13. Februar. Bei Beginn der Donnerstagssitzung des Reichstages teilte auf Anfrage des Sozialdemokraten **Aufhäuser** Reichstagspräsident **Böbe** mit, daß in der Tat ein Schreiben des Nazi-Ministers **Dr. Fried** eingegangen sei, in dem es heißt, daß die Diäten der fehlenden Nationalsozialisten an die ausgedienten Erwerbslosen gezahlt werden sollen. Abgesehen davon, daß dieses Maßnahme schon eine elende Heuchelei ist, denn jeder weiß, daß über 50 Prozent der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion Staatsangestellte oder hohe Pensionsempfänger sind, teilt Reichstagspräsident **Böbe** mit, daß bereits am 1. Februar allen nationalsozialistischen Abgeordneten, die tranken sowohl die gesunden, ihre vollen Diäten für Monat Februar von der Reichstagskasse abgeholt haben.

Diese Mitteilung wurde im Reichstag mit großer Entrüstung aufgenommen.

Damit ist wieder ein schamloser Kesseltanz der Nationalsozialisten geplatzt. Sie wollten die Erwerbslosen verhöhnen und müssen jetzt selber Spott und Verachtung ernten. Aber eines soll noch zur Ergänzung dieses infamen Betrug hier erwähnt werden. Ingenieiert ist dieser Betrug von **Fried**. Dieser beschäftigte Feindkrieger, der als erster die Negersteuer in Thüringen eingeführt, ließ seinerezeit auch in Thüringen, ohne etwas dagegen zu unternehmen, die schamlose Lüge verbreiten, daß von seinem Niesegehalt ein Teil den Erwerbslosen zur Verfügung gestellt wird, während in Wirklichkeit dies Geld in seine Tasche fließt, genau so wie sein hohes Gehalt im Krieg in München.

## Der Polizeiknüppel im Stadtparlament

Hindenburg, 12. Februar. In der heutigen Stadtwortordnetenversammlung wurden die kommunistischen Stadtverordneten, die Genossen **Schieron**, **Paris** und **Ligendja**, von zwei Sitzungen ausgeschlossen. Die Sozialdemokraten als die Mittel des genitralen Stadtverordnetenvorstehers **Stara** haben für den Ausschluß mitgestimmt. Die Genossen wurden von den Polizei aus dem Sitzungssaal entfernt. Großer Tumult entstand im Zuschörerraum. Die Sitzung wurde unterbrochen. Gleich zu Beginn der neuen Sitzung rechnete der Genosse **Wyschka** mit den Polizeimethoden gründlich ab. Das Wort wurde ihm entzogen und bloße Zwischensätze wurden mit Drohung der Klage des Hausrechtsbruchs beantwortet. Sozialfaschist **Wille** spielte den Rauschmeister. (Ausführlicher Bericht folgt morgen.)

## Milde Richter für KPD-Betrüger

Hindenburg, 12. Februar. Heute fand vor dem Erweiterter Schöffengericht der Prozeß gegen den früheren Chefredakteur des „Volkswortes“ **Helmut Koy** wegen Urkundenfälschung in Zusammenhang mit Betrug statt. Koy hat, wie wir bereits berichtet haben, 4000 Mark öffentliche Gelder unterschlagen. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis, das Gericht verurteilte ihn zu zwei Monaten Gefängnis. Der genitralische Oberpräsident **Dr. Kulajew** und der sozialdemokratische Oberbürgermeister **Franz** suchten Koy durch das von der Verteidigung vorgelegte Schreiben zu retten. (Wir berichten morgen ausführlich über den Prozeß.)





# Rund um den Erdball

Berliner Leuchte des „Dritten Reichs“ Betrüger und Urkundenfälscher

## Verbrechertumpan Goebbels

Erzogmeisters Breitensträter verlorene Illusionen

### Goebbels, der „Streiter“ gegen Korruption

Wer schon einmal das zweifelhafte Vergnügen gehabt hat, Reichstagspräsident Goebbels in der theatralischen Pose des kleinen Mussolini über die Korruption im heutigen Staat zeternd zu hören, der muß, falls er ein ausgewogener Kleinbürger ist, den Eindruck gewinnen, daß hier ein Kämpfer ohne Fehl und Tadel dabei ist, die Korruption mit Schumpf und Stiel auszurotten. Die wahre Praxis dieses Obermordhegers erweckt jedoch den gerade entgegengesetzten Eindruck. Denn was soll man von dem „Antikorruptionisten“ Goebbels halten, der es trotz Warnung fernbringt, einen „Mitstreiter“ in seiner allernächsten Umgebung zu dulden, ja ihn sogar systematisch zu fördern, von dem es gerichtsnotorisch feststeht, daß er zahlreiche Betrügereien, Unterschlagungen, und Urkundenfälschungen — und das heilige nicht politischer Natur! — begangen hat?

### Früher Urkundenfälscher — jetzt „Angriff“-Redakteur

Der Betrüger, Bestrafter und Urkundenfälscher, den Goebbels in letzter Zeit als eine Leuchte der Partei in Berlin in den Vordergrund stellt, heißt Karl Kiefer und hat seine Befähigung zum „Angriff“-Redakteur, d. h. also aufrechte proletarische Kämpfer als „Untermenschen“ zu beschimpfen, in einer recht bewegten Vergangenheit bewiesen. Bevor Kiefer von den hitlerischen Erneuerern entdeckt wurde, trieb er als Bogmanager sein Unwesen. Da ihm aber zahlreiche Schiedungen strafrechtlicher Art nachgewiesen wurden, mußte er diesen „Beruf“ aufgeben.

Vor einiger Zeit hatte er die Frechheit, trotzdem um Aufnahme in den Verband deutscher Faustkämpfer zu ersuchen. Man verlornte ein polizeiliches Führungszeugnis. Dieses herbeizuschaffen war er jedoch als kriminell Vorbestrafter nicht in der Lage. Weiter, von der Vereinigung der Amateurböyer ist der „Angriff“-Schmierer lebenslänglich wegen Unterschlagung einer Geldsumme ausgeschlossen. Nur aus Mitleid sah man seinerzeit von einer Strafanzeige an die Staatsanwaltschaft ab. Doch das Schuldkonto dieses „ehrenwerten“ Goebbels-Liebbling ist damit noch bei weitem nicht erschöpft. Bei einem Breslauer Bogkampf hatte er ebenfalls seine flebrigen Finger im Spiele. Hier verfluchte er mit einem Schied, der die gefälteste Unterschlagung der Fiskusdirektorin Paula Busch trug, einen Berliner Finanzjongleur auf die „Hippe zu nehmen“. Nicht genug damit, hat Kiefer außerdem noch zahlreiche Sportler, unter denen sich auch zwei

ziemlich bekannte Berliner Böyer befanden, um größere Summen geschädigt, wofür er von einem der Betroffenen einige Föhne ausgeföhlt bekam.

### Breitensträter warnt Goebbels

Erzogmeister Hans Breitensträter, auch der „Blonde Hans“ genannt, der scheinbar Goebbels mal gegen Korruption wettern

### Der Aufstand in Madeira

In Funchal auf Madeira kam es zu Hungerunruhen und Protestkundgebungen gegen die portugiesische Regierung, die ein räuberisches Monopol auf Getreide und Mehl einföhren will. Von Lissabon aus wurde ein Zerstörer sowie ein Regiment Soldaten und mehrere Maschinengewehrabteilungen nach Funchal geschickt, um die berühmte „Ruhe und Ordnung“ wieder herzustellen.



### Die Schädelkiste in Hannover

## Haarmanns Privatfriedhof entdeckt

Bruchstücke von sechs Schädeln ermordeter Jugendlicher gefunden

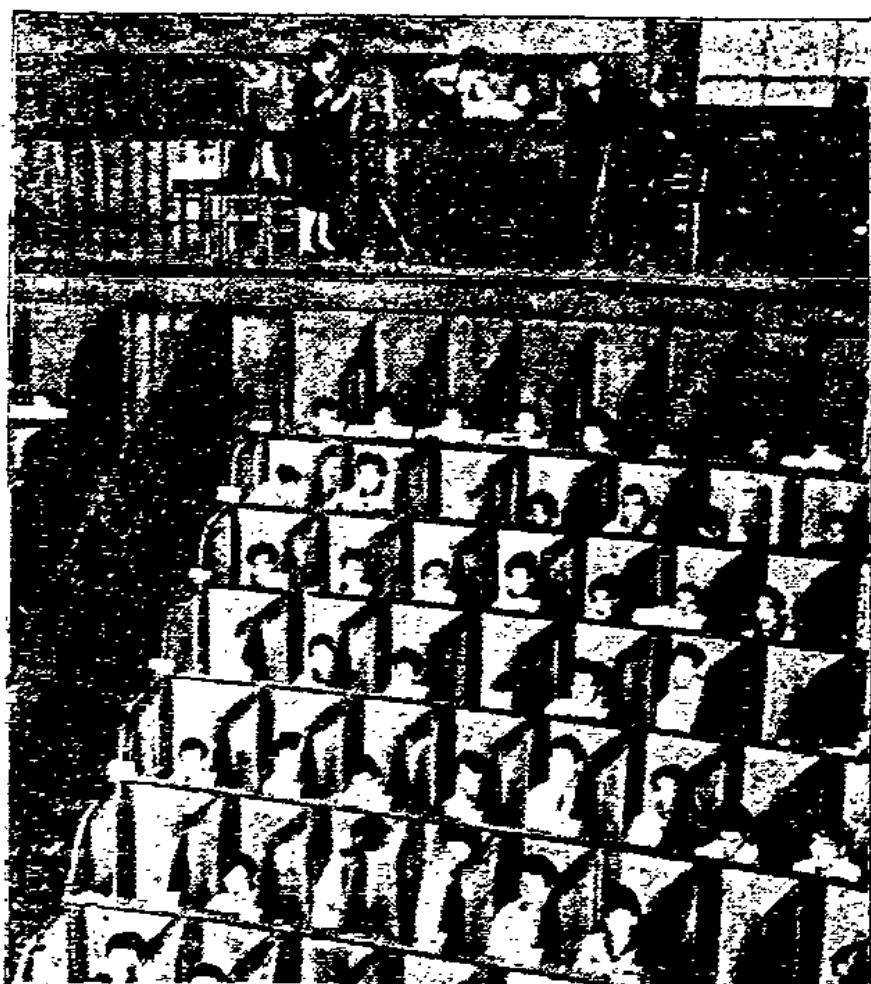
Hannover, 12. Februar. Erdarbeiter, die bei Planierungsarbeiten in Eisenriede beschäftigt waren, stießen unermutet auf Bruchstücke von sechs Schädeln, die in zwei Erdbüchern zusammengelegt und vergraben waren. Da durchweg die vorderen Schädelteile der Gesichtshälfte fehlen, glaubt man mit aller Bestimmtheit annehmen zu können, daß es sich hier um jugendliche Opfer des Massenmörders und Polizeidivulanten Haarmann handelt. Bestärkt wird diese Vermutung dadurch, daß ganz in der Nähe des Fundortes sich früher das Haus Haarmanns befunden hat.

Die Sachverständigen schätzen übereinstimmend das Alter der aufgefundenen Schädelüberreste auf etwa 10 Jahre. Trotzdem der Boden hinter dem Fundort stark mit Baumwurzeln durchwachsen ist und hier das Ausgraben naturgemäß auf große

Schwierigkeiten stößt, werden die Planierungsarbeiten gleichzeitig zu weiteren Nachforschungen über evtl. Skelettfunde ausgenutzt.

Die Polizei, die durch diese grausigen Funde sehr gegen ihren Willen an ihre feinerzeitige geradezu katastrophale Unfähigkeit erinnert wird, versucht mit einer verlegenen Erklärung die Erregung der Bevölkerung zu dämpfen. „Es sei unwahrscheinlich, daß sich mit den neuen Funden die Gesamtzahl der Opfer Haarmanns erhöht. Von den 40 Haarmann zur Last gelegten Morden, seien nur 27 aufgeklärt. Da aber auch bei den 27 identifizierten Opfern längst nicht alle Skeletteile und Kleidungsstücke herbeigeschafft werden konnten, sei es also durchaus möglich, daß die jetzt gefundenen Schädelbruchstücke von diesen 27 herröhren. Die hannoversche Polizei macht es sich wie man sieht, wieder einmal sehr leicht.

### Kinderzuchthaus in Paris



Dieses erschütternde Bild, das wir der neuen Ausgabe der „AIZ“ entnehmen, stellt ein Konzert in einem Kinderzuchthaus dar. Zum Leidwesen der nationalsozialistischen und sozialdemokratischen „Menschenfreunde“ befindet sich diese Kinderhölle nicht in der Sowjetunion, sondern im westeuropäischen „Kultur“-Zentrum Paris. Wer mehr von den „Kinderhöllen im Sowjetparadies“ erfahren will, der kaufe und lese sofort die „AIZ“.

### Kaupenschleppschiffe

Kewerdings werden in Amerika Versuche mit sogenannten Kaupenschleppschiffen gemacht. Es sind mit Kaupenantrieb, ähnlich wie bei Traktoren, versehene Schleppfahrzeuge, die sich in Flüssen mit sehr klarem Wasser auf dem Grunde vorwärtsbewegen können. Auf diese Weise können also verhältnismäßig große Lasten auf sehr klaren Gewässern transportiert werden, deren Transport sonst auf große Schwierigkeiten stoßen würde.

### Der Berliner Chauffeurmord

Erfolgslose Suche nach der Brieftasche des Ermordeten

Der wegen Raubmordes verhaftete Händler Johannes Rablik kann bis auf weiteres keinem neuen Verhör unterzogen werden, da die überstandene Operation ihn außerordentlich geschwächt hat.

Inzwischen ist von Kriminalbeamten nach der Brieftasche des Ermordeten gesucht worden, die Rablik angeblich nach dem Mord an dem Chauffeur Bonid in den Chauffeegraben geworfen hat. Da jedoch in den Gegend zur Zeit hoher Schnee liegt, war die Suche erfolglos. Inzwischen ist einwandfrei festgestellt, daß der Mord aus Raubabsichten geschah. Rablik, der wie wir gestern berichteten, ein äußerst verhöwendungsüchtiger Mensch ist, hatte sich am Tage vor dem Mord bereits ein Darlehen zu verschaffen gewünscht. Dieses reichte aber zur Dedung seiner dringendsten Schulden nicht aus. Er mußte also sehen, sich mehr zu verschaffen. Seine Frau, deren Vermögen er durchgebracht hat, ist jetzt zu ihren Eltern zurückgekehrt.

### Paratyphusseuche bei London greift um sich

Die Zahl der Paratyphusfälle in England bei London hat sich auf 50 erhöht. Vier Personen sind bisher gestorben. Im Anfang wurden hauptsächlich Kinder von der Seuche betroffen, jetzt erfaßt die Krankheit in immer steigendem Maße auch Erwachsene.

### „Daily Worker“-Verkäufer verurteilt

Die Rote-Hilfe-Presseliteratur meldet aus New York, daß dort zwei junge Verkäufer der kommunistischen Tageszeitung „Daily Worker“, Lorenz

Stokes und Clarence Turner, zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Die beiden jungen Genossen sind Neger und hatten sich als freiwillige Verkäufer unseres amerikanischen Brudersblattes zur Verfügung gestellt. Daher hat das Klaffengericht dieses unerhörte Urteil ausgesprochen.

### Großfeuer äschert 11 Gebäude ein

Am Mittwoch brach im Dorfe Drosdow bei Kolberg, im Anwesen eines kleinen Bauern Feuer aus, das sich infolge des herrschenden Sturmes mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. Trotz der Bemühungen zahlreicher Feuerwehren aus den Nachbardörfern gelang es nicht, die anliegenden Anwesen zu schützen. 11 Gebäude, darunter die Dorfschule wurden eingeäschert.

### Ein Denkmal

in deinem Mitgliedshuch muß du den gemordeten Klassenkämpfern setzen! 69 Arbeiter verbluteten 1930 im Kampfe gegen den Mordterror. Sie starben

für die

Befreiung der Arbeiterklasse. Sie gaben ihr Leben hin, du aber hast die Pflicht, weiter zu kämpfen. Du handelst im Sinne der

erschlagenen Kämpfer

wenn du alle Kräfte gegen den Faschismus mobilisierst! Dazu gehört auch die Beschaffung der Mittel für die Aufgaben der Roten Hilfe.

Der

### Mordabwehrfonds

der RH. gibt dir Gelegenheit, deine Solidarität mit den Opfern des Terrors, ihrer Frauen und Kinder zu bekunden. Auf den Mordabwehrfondsmarken sind die Bilder der Ermordeten abgedruckt. Deine Pflicht ist, diese Marken umzusetzen!

# Linke-Hofmann-Streit ohne Erfolg

## Von Scholz und Kuhnert im Interesse der kapitalistischen Republik abgelenkt — Kollegen, denkt an 1906, 1914 und 1923!

Es muß mit aller Offenheit festgestellt werden: der Streik der Kollegen des Wagenbaues hat keinen Erfolg gehabt.

Nachdem unter dem Einfluß des Gewerkschaftsbürokraten Kuhnert (bei der Verichterstattung von dem Streik war uns ein Druckfehler unterlaufen. Bei dem Artikel hieß es statt Kuhnert irrtümlicherweise Kunze) die Kollegen gezwungen wurden, die Arbeit am Sonnabend wieder aufzunehmen, um erst nach erfolgter Arbeitswiederaufnahme die Verhandlungen zu beginnen, bestand bereits wenig Aussicht auf einen Erfolg. Am Sonnabend, etwa um 12 Uhr, gab der Betriebsrat Scholz den ersten Bericht. Dieser lautete: „Direktor Esterlein erklärt, die Arbeiter müssen zu dem niedrigen Waffordpreis arbeiten, sonst wird die Arbeit nach auswärts vergeben. Der Auftraggeber (Reichsbahn) hat Zeit. Selbst wenn die Kollegen streiken, wird die Direktion nicht nachgeben, auch wenn der Streik ein Jahr dauert.“ Selbstverständlich waren die Kollegen empört, wenn sie auch keinen Ausweg wußten. Schließlich meinte Scholz, man müsse abwarten, was die Gewerkschaft schaffen würde. Zugleich erklärte er, streiken könne man erst, nachdem alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft seien. Mit diesem Ergebnis gingen die Kollegen wieder an ihre Arbeit mit der leisen Hoffnung, daß der Verband doch etwas schaffen werde. Doch die Hoffnung ging nicht in Erfüllung.

Am Montag hatte Kuhnert mit Esterlein verhandelt. Am Dienstag fand nach Arbeitschluß in der „Wratistawia“ eine Versammlung der Halle statt, in der Kuhnert den Bericht gab. Kuhnert führte aus:

„Der Direktor Esterlein erklärt, es gibt nichts mehr. Die Direktion legt ohnehin 7000 Mark an den Wagen zu. Sollten die Arbeiter auf ihrer Forderung bestehen, so wird eben die Arbeit nach Gabelsberg gegeben und dort billiger ausgeführt, weil dort dieselbe Arbeit Frauen zu einem billigeren Preise machen. Die Kollegin, die den Kollegen an der Maschine ablösen sollte, muß die Arbeit machen, da die Oberleisten so berechnet sind, daß man sie nur mit Mädchenarbeit herstellen kann. Bei Männerarbeit würden sich die Oberleisten zu teuer stellen.“

Das war der Bericht. Kuhnert und auch Scholz meinten, es sei eben nichts zu machen. Die Kollegen waren empört. Es gab eine große Debatte. Doch letzten Endes gelang es Kuhnert, die Kollegen von der angeblichen Notwendigkeit der Arbeitsfortsetzung zum herabgesetzten Waffordpreis zu überzeugen. Murrend verließen die Kollegen die Versammlung, und — Esterlein konnte triumphieren.

Zu dem Ergebnis und Verlauf des Streiks sei festgestellt: Gemiß ist es in der Zeit der großen Arbeitslosigkeit schwer, Kämpfe für Verbesserung der Arbeitsbedingungen und gegen die Verschlechterungen zu führen. Doch so traurig, wie sie Kuhnert und Scholz darlegen, sind die Verhältnisse doch nicht. Der Streik an der Ruhr und in Oberschlesien sind der beste Beweis dafür, daß bei Vorhandensein einer energischen, zielklaren Führung es durchaus möglich ist, Streiks auszulösen. Doch Kuhnert und Scholz haben kein Interesse an einem Streik, denn sie stehen treu zur Linken des sozialdemokratischen Parteivorstandes, und diese Linke besagt:

### An alle Linke-Hofmann-Arbeiter!

Beginnend mit dem heutigen Freitag wird die „Arbeiter-Zeitung“ an jedem Freitag einen größeren Artikel über die Zustände in dem Betrieb Linke-Hofmann veröffentlicht. Wir fordern deshalb alle Kollegen auf, Abonnent der „Arbeiter-Zeitung“ zu werden oder mindestens am Freitag die Nummer der „Arbeiter-Zeitung“ zu kaufen. Wir haben Vorsorge getroffen, daß unsere Verkäufer jeden Freitag nach Arbeitschluß an den Torausgängen stehen.

Auch teilen wir schon heute mit, daß das Bezirkskomitee Schlesien der Revolutionären Gewerkschaftsopposition beschlossen hat, am 19. April 1931 eine große Kundgebung aus Anlaß der 25jährigen Wiederkehr des Blutbades am Striegauer Platz zu veranstalten.

Wir bitten alle Kollegen und Kolleginnen von Linke-Hofmann, insbesondere diejenigen, die 1906 und 1914 die Streiks mitgemacht haben, uns Schilderungen einzusenden, die wir in der Zeitung und auch sonst verwenden werden.

Ebenso bitten wir alle Kollegen, uns Berichte über die gegenwärtigen Verhältnisse im Linke-Hofmann-Werk einzusenden. Obwohl wir bereits über feste Verbindungen verfügen, ist es doch gut, wenn nach Möglichkeit viele Kollegen an uns Artikel einsenden, denn wir sind eine „Arbeiter-Zeitung“, die von Arbeitern geschrieben werden muß. Selbstverständlich wird in jedem Falle das Redaktionsgeheimnis strengstens gewahrt.

Redaktion und Verlag der „Arbeiter-Zeitung“.

Wir müssen die Notverordnung schluden, wir müssen den Lohnabbau schluden, wir müssen alles schluden, um nur ja den Antikommunismus der revolutionären Arbeiterschaft gegen den Kapitalismus und die kapitalistische Republik zu vereiteln.

Das ist die Auffassung der Hermann Müller, der Seering, der Abbe und auch der Kuhnert und Scholz. Doch es ist nicht die Auffassung der sozialdemokratischen Betriebsproleten und auch nicht die Auffassung der breitesten Schichten der parteilosen und kommunistischen Arbeiter.

Was war bei dem Streik im Wagenbau notwendig? Als Wichtigstes durfte man die etwa 200 streikenden Kollegen nicht allein lassen. Die Verbandsleitung und der Betriebsrat waren verpflichtet, sofort in allen Abteilungen die Frage des Solidaritätsstreiks zu stellen. Wenn dann Direktor Esterlein gewußt hätte, daß bei Nichtbewilligung der Forderungen der ganze Betrieb mit dem Streik antworten würde, würde er doch klein beigeben haben. Auch sein stärkstes Druckmittel, nämlich die Drohung, die Arbeit nach Gabelsberg zu verschleppen, könnte man dadurch illusorisch machen, daß man mit den Kollegen in Gabelsberg durch den Verband Führung genommen und sie ansehbare hätte, keine Streikbrecherarbeit zu machen. Diese Möglichkeiten bestanden durchaus, Möglichkeiten, die die Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes in sich bergen. Kuhnert und Scholz haben absichtlich auf diese Möglichkeit nicht einmal hingewiesen, weil sie aus politischen Erwägungen als treue Diener des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Brüning-Regierung verurteilt wurden, jeden Streik abzubremzen.

Die Kollegen müssen aus dem erfolglosen Streik die Lehre ziehen, daß es gilt, neue Wege, neue Methoden einzuschlagen. Man darf sich nicht mehr auf die Verbandsleitung und auf den sozialdemokratischen Betriebsrat verlassen, denn dann ist man eben verlassen. Man darf nur auf die eigene Kraft bauen. Die Kollegen bei Linke-Hofmann, die den Willen in sich haben, trotz allem den Kampf gegen das Unternehmertum aufzunehmen, müssen sich zusammenfinden, müssen eine unermüdliche Aufklärungs- und Organisationsarbeit in Angriff nehmen. Je schneller sie das tun, desto leichter wird es sein, den Linke-Hofmann-Betrieb wieder zu dem zu machen, was er 1906, 1914 und 1923 war — zu einer roten Hochburg der revolutionären Arbeiterschaft!

### Renegaten hehen Polizei auf Jungkommunisten

Die vor zwei Jahren aus dem kommunistischen Jugendverband ausgeschlossenen Renegaten hatten für Mittwoch eine öffentliche Versammlung nach dem „Zentralbahnhof“ einberufen. Sie forderten durch Handzettel die Bezirksleitung unseres Jugendverbandes zur Diskussion auf. Außer unseren Diskussionsrednern wollten sich an der Abrechnung mit den Renegaten (Werner Jurr) noch über hundert Jungkommunisten beteiligen. Ein großer Teil von ihnen war durch Angelegenheiten Erwerbslosigkeit nicht in der Lage, den Eintrittspreis von 20 Pfennig zu bezahlen, sie forderten daher, daß man sie ohne jeden Obulus an der Versammlung teilnehmen ließe. Die Leitung versicherte ihnen bei Beginn der Versammlung freien Eintritt zu. Doch dieser Versicherung glaubten die Renegaten nun Zeit gewonnen zu haben und alarmierten durch einen ihrer Leute die Polizei, die nach wenigen Minuten erschien und mit dem Gemeindefürsorge in der Hand den Vorraum räumen wollte. Durch die Disziplin unserer Jugendgenossen wurde ein schwerer Zwischenfall verhindert. Dieser Vorfall steht wohl einzig in der Geschichte der Breslauer Jungkommunisten da.

Die Renegaten gehen also jetzt dazu über, sozialfaschistische Methoden gegen Jungproleten anzuwenden. Auf Grund dieser Vorfälle lehnten es unsere Jugendgenossen selbstverständlich ab, sich mit den Renegaten auseinanderzusetzen.

Der kommunistische Jugendverband wird diese Zettel, deren Aufgabe heute darin besteht, einen Wall zu bilden gegen die machenden Uebertritte der sozialdemokratischen Jungarbeiter, zerhacken.

Am Mittwoch, dem 18. Februar, findet im „Zentralbahnhof“ eine vom kommunistischen Jugendverband einberufene Auseinandersetzung mit den Genossen und Mitgliedern der S.M., S.M., Jungsozialisten und der Gewerkschaftsjugend mit dem Thema „Wie verhält sich die Einheitsfront der werktätigen Jugend?“ statt.

### Maschinengewehr nicht gefunden

Vorgestern haben Kriminalbeamte bei verschiedenen Genossen nach verdächtigter Literatur gesucht. Sie kamen u. a. auch zu dem Genossen Böring auf der Schleichwerderstraße. Ohne Rücksicht auf die kranke Frau wurde die Wohnung durchstöbert. Die Beute war äußerst gering. Das Maschinengewehr, das Böring unter dem Bett haben sollte, haben die eifrigen Kriminalbeamten nicht gefunden.

## Sozialfaschistische Spalter am Werk!

### Genosse Liebner antwortet dem Vorstand — Nun erst recht: RGO!?

Unter dem 2. Februar erhielt unser Genosse Liebner von der Ortsverwaltung des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter folgendes Schreiben:

„Bester Kollege!

Nach längerer Beratung in der letzten Ortsverwaltungssitzung ist der Beschluß gefaßt worden, Dich vorläufig aus unseren Reihen zu streichen, da Du nach Deinen eigenen Angaben, welche unter Zeugen gemacht worden sind, und ohne daß Du danach gefragt wurdest, Deine Zugehörigkeit zu einer Sonder-Organisation bestätigt hast. Der Ausschluß muß auf Grund der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes erfolgen. Der Beschwerdeweg in dieser Angelegenheit an den V. B. steht Dir offen.

Mit kollegialem Gruß

Die Ortsverwaltung.  
i. A.: G. Masliski.“

Selbstverständlich ist Genosse Liebner nicht bereit, sich ohne weiteres aus dem Verband ausschließen zu lassen. Er hat demzufolge an den Verbandsvorstand ein Schreiben gerichtet, in dem er u. a. ausführt: „Ich erhebe gegen die „vorläufige“ Streichung Einspruch. Ich erkläre in Eurem Schreiben nichts anderes als den Versuch, dem Vorstand nachzuweisen, daß Ihr auch in Breslau gegen die Kollegen, die eine berechtigte Kritik üben, rücksichtslos vorgeht. Die Begründung des Ausschlusses ist mehr als fadenscheinig. Sie stützt sich auf eine Ausdrucksweise, die ich mit Reinhold hatte,

als ich mich mit ihm über die Verurteilung der Wiederannähme des Kollegen Barth unterhielt: „Was wirst Du nun sagen, wenn ich Dir sage, daß (oder wenn) ich in der RGO bin (oder war)“? Obwohl ich zu dem Kollegen Besser noch ausdrücklich sagte, daß ich nicht in der RGO bin, wird meine Äußerung doch als Ausschlußgrund betrachtet. Ich verlange, daß ich zumindest das Fach erhalte, mich zu verteidigen.“

Es ist offensichtlich, daß die Begründung zu dem Ausschluß unserer Genossen Liebner tatsächlich an den Haaren herbeigezogen ist. Selbst seine Zugehörigkeit zu der RGO wäre keinesfalls ein Ausschlußgrund. Die RGO ist eine Einheitsfrontorganisation, der man auch als Gewerkschaftsmittglied angehören kann und muß. Die RGO hat sich zum Ziele, die Kollegen aufzuklären, sie zu mobilisieren und Kämpfe gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie zu organisieren. Soll das etwa ein Ausschlußgrund sein? Für alle ehrlich denkenden Kollegen nein. Als Ausschlußgrund kann die Mitgliedschaft in der RGO nur für diejenigen gelten, die im Interesse der Kapitalisten jeden Kampf im Keime verhindern wollen. Na, wären die Bürokraten angeschlossen — desto stärker wird der Einfluß der RGO werden!

**Nichtigstellung.** Zu dem letzten Artikel aus Opperau war uns insofern ein Fehler unterlaufen, als wir den Sozialdemokraten Klontke als Staatssekretär bezeichnet haben. In Wirklichkeit ist der Parteisekretär Nijcher Staatskommissar, wie ja in unseren früheren Artikeln zu lesen war.

### Ohlau

#### RGO. — trotz alledem!

Die „Volkzeitung“ verkündet triumphierend, daß im Junggewerksbund der alle Vorstand gegen zwei Stimmen wiedergewählt wurde. Es war offensichtlich bestellte Fraktionsarbeit. Kaum war der Vorliegende mit seinem Jahresbericht fertig, schon wurde der Antrag auf Wiederwahl gestellt, damit nicht erst Kritik an der Arbeit des Vorstandes geübt wurde. Auch bei der Wahl der Parteibestützten hat man es verstanden, den Kollegen Damia I beiseitezuschieben. Die Beschlüsse des Parteivorstandes wurden prompt ausgeführt. Der Vorstand kann melden: „Wir ziehen Kommunisten ins Kartell.“ Den Kartellbericht gab Glaz und hegte gegen die Opposition. Der Sieg wurde von den Reformisten bei einem Glase Bier gefeiert. Wenn der Vorstand nun glaubt, die Opposition vollständig ausgeschaltet zu haben, so täuscht er sich. Sie wird weiter leben. Der Sieg vor heute birgt die Niederlage von morgen in sich!

## Die Rote Armee marschiert . . .

Unter diesem Motto veranstaltet der kommunistische Jugendverband am Montag, dem 23. Februar, dem 13. jährigen Bestehen der Roten Armee, eine Kundgebung im „Vergleiser“. — Jeder halte sich diesen Tag frei!

# Gegen rote Hände: Creme Leodor

Die kühlende und heilende Wirkung der schneeweißen Creme Leodor tritt besonders in Erscheinung, wenn Hände und Gesicht durch Einwirkung der Kälte im Winter stark gerötet sind. Auch bei spröder und aufgesprungener Haut leistet die Creme bei dem so lästigen Juckreiz der Haut sowie als Puderunterlage vorzügliche Dienste. Tube 60 Pf. und 1 Mk., wirksam unterstützt durch Leodor-Edelseife, Stück 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.





